

GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT ! **BEZIRKSKONFERENZ '07**

AWO NIEDERRHEIN, 3. NOVEMBER 2007, STADTHALLE HILDEN

B E S C H L U S S

- Antrag Nr.:** **B 10**
- Antragsteller:** Vorstand AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.
- Betrifft:** **Seniorenpolitik in Nordrhein-Westfalen - Stärkung der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit durch Förderung und Unterstützung der Seniorenbegegnungs- / Servicezentren**
- Beschluss der Bezirkskonferenz 07:** Die Landesregierung wird aufgefordert, die in ihrem Entwurf "Land der neuen Chancen - Die Seniorenpolitik in Nordrhein-Westfalen" beschriebenen Handlungsleitlinien für die Seniorenpolitik zu konkretisieren und dabei vorzusehen, dass die Begegnungsstätten/Servicezentren finanziell gefördert und so die Kommunen und Träger in ihrem Engagement unterstützt werden. Dabei sind Anreize für eine kommunale Förderung und eine flächendeckende Versorgung in NRW vorzusehen.
- Gleichzeitig sollen Rahmenrichtlinien in Abstimmung mit den Trägern zur Sicherstellung einer bedarfs- und qualitätsorientierten Arbeit erlassen werden, die die gewachsenen Strukturen in NRW berücksichtigen.
- Begründung:** Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit ist ein grundlegender Ansatz für die Arbeit in allen Bereichen der Seniorenarbeit und bezieht neben den Angeboten der offenen Altenhilfe auch die Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen ein.
- Für eine so verstandene und am Gemeinwesen orientierte Seniorenarbeit muss die Landespolitik - gemeinsam mit den Kommunen in unserem Land - die Rahmenbedingungen als Teil einer entsprechend angelegten, präventiven und aktivierenden Sozialpolitik ausgestalten.
- Die Landesregierung NRW hat in 2007 als Fortschreibung des Landesaltenplans im Entwurf das Papier 'Land der neuen Chancen - Die Seniorenpolitik in Nordrhein-Westfalen' vorgelegt. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um eine allgemeine Beschreibung mit wenig konkreten Handlungsleitlinien.

Entwicklung

Die Seniorenbegegnungs-/Servicezentren und Treffs sind in den 70er Jahren unter den damaligen Rahmenbedingungen der offenen Altenhilfe entstanden.

Trotz der Breite des Angebotes und der großen Nachfrage ist die Finanzierung dieser Arbeit, von wenigen Ausnahmen abgesehen, unbefriedigend. Weder fördert das Land noch sind kommunale Förderrichtlinien die Regel.

Neue Herausforderungen

Der Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft wächst. Immer mehr Menschen in NRW werden immer älter. Das Potential helfender Angehöriger sinkt, der Anteil der allein Wohnenden und allein Stehenden nimmt zu. Schon allein aufgrund dieses demografischen Wandels steigen die Anforderungen an die Altenarbeit in erheblichem Maße. Neue Herausforderungen ergeben sich darüber hinaus durch eine völlig neue Alters-Kultur. Immer mehr alte Menschen begnügen sich nicht mehr mit der Rolle des passiven Hilfeempfängers. Das gestiegene Bildungsniveau und die Änderung der Lebenseinstellungen führen dazu, dass viele Senioren selbst aktiv werden, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten einbringen und aktiv am Leben im Stadtteil teilnehmen.

Vor diesem Hintergrund alten und hoch betagten Menschen möglichst lange ein selbständiges Leben im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen, stehen Staat und Gesellschaft vor enormen Herausforderungen.

Weiterentwicklung der Altenarbeit

Als Weiterentwicklung der offenen Altenhilfe fördert und erhält gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit - eingebettet in ein Stadtteilmanagement - aktives, selbständiges und gesichertes Leben im Alter. Begegnungsstätten/Servicezentren und Treffs sind Kommunikations-, Begegnungs-, Service- und Beratungszentren, die dazu beitragen, insbesondere älteren Menschen, bis ins hohe Alter ein möglichst selbständiges Leben im gewohnten Umfeld zu ermöglichen. Darüber hinaus fördern sie Selbsthilfepotentiale, unterstützen bürgerschaftliches Engagement und begleiten ehrenamtliche Kräfte.

Sie wirken mit an der Gestaltung des Gemeinwesens und bilden generationenübergreifende Treffpunkte und Anlaufstellen im Stadt-/Ortsteil und der Gemeinde.

Land trägt Verantwortung für Versorgung in NRW

Die Folgen dieses Wandels erfordern neue Prioritäten vom Land aber auch von Städten/Gemeinden. Geburtenknick und stetig zunehmende Lebenserwartung machen die älteren und hoch betagten Menschen zur größten gesellschaftlichen Gruppe.

Seniorenpolitik und eine bedarfsgerechte Förderung der Seniorenarbeit müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen. Ohne öffentliche Förderung, ist das Ziel, alte und hoch betagte Menschen möglichst lange im vertrauten Wohnumfeld am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen, nicht zu erreichen. Das Land NRW muss sich stärker in der Seniorenpolitik engagieren - politisch, fachlich und vor allem finanziell - und seniorengerechte Politik von Städten und Gemeinden durch Anreize und

günstige Rahmenbedingungen unterstützen und eine flächendeckende Versorgung in NRW gewährleisten.

Städte und Gemeinden fördern Begegnungsstätten/Altentagesstätten und Treffs, je nach Fachlichkeit und Stellung im Gemeinwesen, über entsprechende Richtlinien, die Ausstattung, Leistungskatalog und Finanzierung regeln.